



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Berlin, 12. Februar 2014

Genmais-Zulassung gefährdet die gentechnikfreie Anbauregion Reutlingen

Zum Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die die Zulassung der Genmais-Sorte 1507 im Ministerrat nicht verhindert hat, erklärt die Reutlinger Wahlkreisabgeordnete Beate Müller-Gemmeke:

Die Bundesregierung hat ein klares Nein zum Anbau von genmanipulierten Maissorten in Europa verhindert. Merkels Strategie, sich wegen Uneinigkeit in der Großen Koalition zu enthalten, wirkt faktisch wie eine Zustimmung. Die Kanzlerin verschenkt hier grundlos den Einfluss, den Deutschland in der EU nehmen könnte. Vor allem zeigt die CDU/CSU damit einmal mehr, dass ihr die Sorgen der Verbraucher herzlich egal sind. Ebenso hat die Bewahrung der Schöpfung für die Christdemokraten scheinbar keine praktische Bedeutung. Die Enthaltung ist ein Kniefall vor den Agrarkonzernen – und das ist nicht akzeptabel.

Die Entscheidung ignoriert außerdem auch völlig die Bedürfnisse in unserer Region. Die Landwirte in der Region Reutlingen und der Kreisbauernverband haben sich in der „Gentechnikfreien Anbauregion Reutlingen/Neckar-Alb“ zusammengeschlossen und klar gegen genmanipuliertes Saatgut positioniert. Diese Absichtserklärung, gentechnikfrei zu wirtschaften, ist ein wichtiges Element der nachhaltigen Entwicklung im Biosphärengebiet. Die Selbstverpflichtung ist jedoch rechtlich nicht bindend und freiwillig – wenn Landwirte ausscheren wollen, dann könnten sie das im Rahmen der Gesetze jederzeit tun. Wer die Region wirklich gentechnikfrei halten will, der darf den Anbau genmanipulierter Pflanzen daher gesetzlich gar nicht erst zulassen. Die Bundesregierung kann oder will das nicht verstehen. Sie hat mit ihrer Entscheidung das Einfallstor für Genmais auch in Neckar-Alb geöffnet. Damit wird die Bundesregierung ihrer Verantwortung für gesunde Nahrung nicht gerecht.